



Claudia Gamon

Neos-Nationalratsabgeordnete und Sprecherin für Gleichbehandlung, Forschung und Medien

Nina-Sophie Fritsch

Soziologin, forscht und lehrt an der Uni Wien mit Schwerpunkt Armut und soziale Ungleichheit

Peter Wieser

Ökonom und stellvertretender Leiter der MA 23 für Wirtschaft, Arbeit und Statistik

Markus Marterbauer

Ökonom und Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft in der Arbeiterkammer Wien

„Jeder beansprucht für sich, die Mitte zu repräsentieren“

Keine gesellschaftliche Gruppe wird politisch so umworben wie **die Mittelschicht**. Aber wer ist das überhaupt?

Die Geometrie liefert exakte Antworten. Der Mittelpunkt von Figuren lässt sich anhand von Formeln exakt bestimmen, selbst wenn nicht alle Größen bekannt sind. Die menschliche Gesellschaft produziert komplexere Gebilde als Quadrat und Dreieck. Die Mitte der Gesellschaft hat Koordinaten, die sich soziologisch, ökonomisch, politisch oder kulturell nur schwer festmachen lassen. Der Versuch einer Vermessung.

Falter: Mit der ersten Frage möchten wir uns an den Statistiker wenden: Herr Wieser, worüber reden wir, wenn wir von der Mitte der Gesellschaft sprechen – oder von der Mittelschicht? Können Sie uns hier bei einer Definition helfen?

Peter Wieser: Es gibt ja mehrere Möglichkeiten, sich dem Ganzen anzunähern. Das hängt auch von der Datenlage ab. Ich kann zum Beispiel den oder die Durchschnittsösterreicherin abbilden. Das Durchschnittsalter liegt ungefähr bei 40 Jahren, der häufigste Name ist Michael bei den Männern, Maria bei den Frauen. Als Ökonom und Statistiker versuche ich auch, über das Einkommen eine Mittelschicht zu bilden. Das Median-Einkommen liegt bei 2500 Euro brutto, also 50 Prozent verdienen weniger, 50 Prozent verdienen mehr.

Das ist das exakte Mittel.

Wieser: Ja. Wenn ich nun die oberen 25 Prozent und die unteren 25 Prozent der Einkommen ausschließe, erhalte ich jenen Ein-

INTERVIEW:
JOSEF REDL,
ARMIN THURNHER

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

kommensbereich, in dem die Hälfte der erwerbstätigen Österreicher, also zwei Millionen Menschen, liegen. Dann landet man halt ungefähr bei 1700 bis 3700, 3800 brutto. Das ist das Durchschnittseinkommen österreichischer Unselbstständiger inklusive 13. und 14. Monatsgehalt. Über Vermögen gibt diese Betrachtung keine Auskunft.

Und die Selbstständigen?

Wieser: Da ist die Datenlage viel schlechter. Über Selbstständige weiß man weniger, über die Vermögenslage weiß man auch nicht sehr viel. Was kann man noch sagen? Der häufigste Beruf ist im Handel. Frauen sind insbesondere im Einzelhandel dominant, im

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

Großhandel und im Kfz-Handel sind es die Männer. Also wenn man es so konstruiert, landet man bei: 40 Jahre, arbeitet im Handel, verdient 2500 im Median. So kann man sich einen Prototypen generieren.

Frau Fritsch, Sie haben sich in Ihrer Forschung stark mit der Mittelschicht beschäftigt: Was würden Sie noch ergänzen?

Nina-Sophie Fritsch: Wir haben die Einkommensverteilung in mehrere Schichten eingeteilt: Die Prekariatszonen sind in diesem Modell zwei Schichten. Jene, die unter 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen, leben in Armut, und jene, die 60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens verdienen, im Prekariat. Dann kommt die Mittelschicht oder wenn man es so sagen will: 80 bis 140 Prozent. Personen mit einem Einkommen zwischen 140 bis 200 Prozent haben wir als obere Mittelschicht bezeichnet. Alles, was über 200 Prozent des Medianeinkommens liegt, ist in unserem Modell die Oberschicht.

Sie haben untersucht, wie sich die Mittelschicht in Deutschland und Österreich in den vergangenen Jahren verändert hat. Schrumpft die Mitte?

Fritsch: In Österreich sehr viel weniger als in Deutschland bzw. fast nicht. Wenn man den Fokus auf Österreich richtet, dann kann man natürlich über die letzten 20 Jahre einige Tendenzen und Dynamiken erkennen. Vergleicht man die Situation allerdings mit anderen europäischen Ländern, erkennt man, dass in Österreich die Risiken, aus der Mittelschicht zu fallen, deutlich niedriger sind als eben zum Beispiel in Deutschland. Die Mittelschicht schrumpft in den letzten Jahren nur um wenige Prozentpunkte.

Im Vergleich zu Deutschland?

Fritsch: In Deutschland nimmt die Mittelschicht in den letzten Jahren sehr viel stärker ab. Also da geht's von ungefähr 50 Prozent auf 44 Prozent.

Worauf führt man das zurück?

Auf die Agenda 2010?

Fritsch: Es gibt viele verschiedene Komponenten: Hartz-IV-Reformen, Flexibilisierung der Arbeit, Prekarisierung der Arbeit, Minijobs – all dies hat es in dieser Form in Österreich nicht gegeben. Allerdings beobachten wir auch in Österreich langsam, aber sicher eine Zunahme von flexiblen – sogenannten atypischen – Beschäftigungsformen. Diese prekären Formen der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse sind im Steigen begriffen.

Markus Marterbauer: Ich würde ganz gern auf die Abgrenzung der Mittelschicht zurückkommen, denn Einkommen ist zwar eine wichtige Kategorie, aber bei weitem nicht die einzige. Zur Größe der Mittelschicht: Ich präferiere das Konzept einer ganz breiten Mittelschicht von mehr als 80 Prozent der Bevölkerung, darunter sind die Armen und darüber sind die Reichen. Mittelschicht hat nicht nur mit dem Einkommen zu tun, sondern ganz breit mit dem Lebensstil, gesellschaftlichen und politischen Werthaltungen. Aber auch, woher bezieht man sein Einkommen? Die große Mehrheit der Leute lebt von Leistungseinkommen aus Arbeit, ob kleine Selbstständige oder unselbstständig Erwerbstätige. Selbst den Doppelverdiener-Beamten-Haushalt, der vielleicht sogar weit über diesen Einkommengrenzen liegt, würde ich von der gesellschaftlichen Ver-

tung zur Mittelschicht zählen. Ich glaube, dass es ganz konstitutiv ist für die Mittelschicht, dass sie vom Leistungseinkommen aus Arbeit lebt und nicht von Kapitaleinkommen. Von Kapitaleinkommen leben in Österreich vielleicht ein, zwei Prozent, die ganz oben.

Oder auf der anderen Seite der Skala: von der Sozialhilfe.

Marterbauer: Richtig. Viele Menschen, die wir zu den 14 Prozent Armutsgefährdeten zählen, haben Anknüpfung an Arbeit und Sozialstaat, und Beschäftigung ist eine wichtige Chance, wieder in die Mittelschicht hineinzukommen.

Fritsch: Man begnügt sich oft mit der Einkommensvariable, weil sie generell leicht verfügbar ist. Bildung und Konsumverhalten spielen auch eine große Rolle, sind aber schwieriger zu messen.

Ein fast prekär beschäftigter Gymnasiallehrer wird wahrscheinlich einkommensmäßig aus der Definition herausfallen, aber am Wirtshaustisch oder in der Gemeinde wäre er eine Respektperson.



Das Parteien die Mittelschicht ansprechen, ist für mich eine Frage des politischen Marketings

CLAUDIA GAMON

Marterbauer: Im Selbstverständnis zählt er sich zur Mittelschicht. Das ist überhaupt eine interessante Frage: Wer zählt sich denn zur Mittelschicht? Eine Erkenntnis aus den Vermögensdaten der Nationalbank ist, dass selbst die ganz Reichen glauben, sie sind vom Vermögen her irgendwo in der Mitte. Offensichtlich gibt es vom Selbstverständnis her einen Trend zur Mitte.

Es gibt auch in der Politik einen Trend zur Mitte. Fast alle Parteien adressieren den Mittelstand. Weil man damit am meisten Menschen erreicht?

Claudia Gamon: Ja. Aber, dass Parteien die Mittelschicht ansprechen, das ist für mich eine Frage des politischen Marketings und hat nichts damit zu tun, ob man diese Menschen wirklich vertreten kann. Eben weil die Mittelschicht in politischen Fragen differenziert ist. Die Volksparteien sind diejenigen, die sich in ihren Inhalten Mehrheitsmeinungen annähern, die sich an Umfragen orientieren. Je kleiner die Partei, desto eher geht sie auf eine bestimmte Zielgruppe ein oder ist eine Single-Issue-Partei. Natürlich beansprucht jeder für sich selbst, die Mit-

telschicht zu repräsentieren, wobei damit ja sicher in jeder Partei andere Dinge gemeint sind. Neos könnte man wahrscheinlich eher in einer ideologischen Mitte verorten.

Es gibt in Österreich eine historisch gewachsene Mittelschicht und es gibt Volksparteien, die für sich in Anspruch nehmen, die Mitte zu vertreten. Warum zerbröseln die Volksparteien dann? Glaubte die Mittelschicht nicht an den Sozialstaat?

Marterbauer: Das Wachsen der Mittelschicht über die letzten Jahrzehnte hat ganz viel mit dem Sozialstaat zu tun. Es ist dem Sozialstaat, dessen Finanzierung auf Arbeitseinkommen basiert, gelungen, für breitere Bevölkerungsschichten ein gutes Leben zu ermöglichen. Dass auch die Aufsteiger aus unteren Einkommensverhältnissen gute Versicherungssysteme, gute soziale Dienstleistungen, eine Absicherung des Lebensstandards im Alter haben. Auf der anderen Seite sind die Lebenswelten dann doch ganz unterschiedlich. Und das ist das Problem für die Politik. Die Lebenswelt eines jungen Menschen, der gerade mit der Ausbildung fertig geworden ist, steht beim Einkommen vielleicht ganz schlecht da, weil er mehrere prekäre Jobs hat und dann sechs Monate arbeitslos ist bis zum nächsten unbezahlten Praktikum.

Das könnte eine Erklärung für die Ausbeutung des Prekariats sein: die Leute halten das so gut aus, weil sie sich sagen, wir gehören zum Mittelstand dazu. Und wenn nicht heute, dann morgen.

Fritsch: Ich glaube, dass die Denkweise gar nicht so sehr deterministisch ist, sondern dass eine prekäre Stelle während der Ausbildung oder des Studiums bzw. ein Praktikum mittlerweile fast schon dazugehört. In manchen Studiengängen sind Pflichtpraktika vorgesehen. Da kann man sich nicht aussuchen, ob man sie machen will oder ob man dafür bezahlt werden will – das ist mittlerweile häufig so. Der Berufseinstieg in einem Normalarbeitsverhältnis wie es in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren noch normal war, gelingt heute einfach seltener. Das Normalarbeitsverhältnis nimmt insgesamt auch deutlich ab. Teilzeitjobs werden mehr, prekäre bzw. flexible Beschäftigungsverhältnisse werden mehr.

Wenn der Sozialstaat ein Grund für die gute Lage in Österreich ist, warum haben Parteien wie die Neos oder die ÖVP eigentlich so viel auszusetzen am Sozialstaat? Weil er nicht nur sozial ist, sondern auch Staat?

Gamon: Ich sehe einen klaren Widerspruch zu unserer Position zum Sozialstaat und jener der ÖVP. Weil es einem Liberalen extrem wichtig ist, dass soziale Netze funktionieren. Wir stellen nur die Finanzierbarkeit bei der derzeitigen Ausprägung infrage, weil es uns darum geht, den Sozialstaat für Ausnahmesituationen fit zu machen. Problematisch ist es, in der Debatte um Sozialstaat eine Gruppe gegen die andere auszuspielen. Ausländer gegen Inländer oder Flüchtlinge gegen Inländer oder ganz schlimm auch der Kurs der ÖVP: EU-Ausländer gegen die Inländer. Da wollen wir klar dagegenhalten. Unsere Kritik am Sozialstaat österreichischer Bauart ist nicht, dass er für alle da ist, sondern dass er in der derzeitigen Ausprägung eben nicht mehr für die da sein kann, die es notwendig haben. Da geht es aber nicht um die Leistungen, die die Menschen in Anspruch nehmen können, son-

FOTOS:
CHRISTOPHER
MAVRIC

Fortsetzung von Seite 15

Frage, wie ist die Herangehensweise? Mehr Staat oder mehr privat?

Marterbauer: Der soziale Wohnbau ist ein Bereich, in dem man wirklich eine breite Mittelschicht fördern kann. Aber auch das Schaffen von öffentlichen Räumen im weiteren Sinn, damit die Leute in Austausch miteinander kommen.

Vielleicht sollte sich die Arbeiterkammer in Mittelschichtkammer umbenennen!

Marterbauer: Wir vertreten die Interessen von fast vier Millionen Beschäftigten – wenn das nicht auch die Mittelschicht ist! Aber zurück zur Klassenfrage. Ich glaube, diese ist durch die neuen Daten zur Vermögensverteilung wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt. Wenn man sieht, dass bei uns in Österreich die obersten vier Prozent der Haushalte über 700 Milliarden Euro und damit mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens in Österreich besitzt, ist die Klassenfrage definitiv zurück.

Fritsch: Das ist dem Umstand geschuldet, dass es Daten zu Vermögen bis vor kurzem nicht wirklich gegeben hat.

Marterbauer: So lange es keine Vermögenssteuern gibt, gibt es keine zuverlässigen Daten!

Oliver Nachtwey vertritt die These von der Wiederkehr der Arbeiterklasse in einer reaktionären Form. Nicht mehr in einer progressiven, wie vor 70 Jahren. Dann hätten wir oben eine Eigentümerklasse und unten haben wir diese wieder wachsende, reaktionär gestimmte Arbeiterklasse.

Marterbauer: Das ist auch durch objektive Faktoren bestimmt. Die Arbeitsmarktlage ist für viele Leute, die nicht so gut ausgebildet sind oder neu auf den Arbeitsmarkt kommen, massiv schlechter geworden, vor allem seit Beginn der Finanzkrise. Im unteren Qualifikationsbereich gibt es kaum Einkommenszuwächse. Bei Arbeiterklasse würde ich ja als Erstes an die Zugewanderten, Migranten und Migrantinnen denken. Für sie ist die Lage auch schlechter geworden, etwa was die Integration ins Bildungssystem betrifft. Vor 30, 40 Jahren ist es gelungen, Kindern aus der Arbeiterklasse – dazu würde ich mich zählen – Matura und Studium zu ermöglichen. Heute ist die Integration ins Bildungssystem für Kinder aus den Arbeiterschichten viel schwieriger. Aufstiegschancen und soziale Mobilität sind gefährdet. Da haben sich die Dinge seit der Ära Kreisky verschoben.

Fritsch: An dieser Stelle sprechen wir von der Metamorphose von der Arbeiterkinder zum Migrantensohn. So wie früher für Mädchen und Frauen aus der Arbeiterschicht/klasse höhere Bildungsabschlüsse seltener waren, ist es heute für Söhne aus Migrantenfamilien schwieriger, höhere Bildungsziele zu erreichen. Insgesamt haben Mädchen und Frauen die Jungs total überholt. Sie haben es viel mehr verstanden, Bildung als Sprungbrett zu benutzen, höhere Abschlüsse zu machen und darüber sozialen Aufstieg zu erfahren.

Marterbauer: Da gibt es sicher viele Instrumente, die man einsetzen kann, um dem zu begegnen. Am wichtigsten sind massive Investitionen ins öffentliche Bildungssystem, vor allem am Anfang der Bildungskarrieren und in Brennpunktschulen.

Gamon: Ich bin ganz Ihrer Meinung: Chancen in der Bildungskarriere stehen oder fallen mit den ersten paar Jahren, das fängt im Kindergarten an und mit dem Zugang zu



Wenn ich ein gutes Einkommen habe und mein Nachbar ein höheres Einkommen hat, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ich den Wohnort wechsle

PETER WIESER

Ganztagsbetreuung. Aber was die Investitionen betrifft, sieht die Realität so aus: Es gibt zwei Töpfe für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen in Österreich, die von den Bundesländern nicht ausgeschöpft werden. Hier sind wir ganz stark mit gesellschaftlichen Rollenbildern und Moralvorstellungen von Landespolitikern konfrontiert, die es verhindern, dass man Frauen Zugang zu Kinderbetreuung ermöglicht. Das ist wirklich ein Elend. Da geht es nicht darum, ob wir Geld im Sozialstaat dafür haben oder nicht, sondern dass wir immer noch darum kämpfen, dass es überhaupt einen Konsens dazu gibt, ob diese Leistungen notwendig sind. Das ist auch unsere Vorstellung vom Sozialstaat: Der Staat schafft Rahmenbedingungen, um Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, damit später andere Leistungen nicht mehr notwendig werden. Weil wir eben den Aufstieg für alle, die ihn wollen, vom Blick der Chancengerechtigkeit her ermöglichen. Da ist Bildung das Schlüsselsystem.

Wieser: Gerade die Kindergärten haben eine doppelte Funktion: Integrative Funktion und natürlich die Funktion von Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als selbst Betroffener: Wenn ich in Niederösterreich meine Kinder in den Kindergarten geben würde, hätte ich Probleme. Ich bin in Vollzeit berufstätig, und das ist in Wien überhaupt kein Problem und beitragsfrei ist es auch. Ich bin die Mittelschicht – zugegeben eher die gehobene Mittelschicht – aber ich profitiere davon zu 100 Prozent. Würde ich außerhalb Wiens wohnen, hätte ich ein Problem. Wie ist das zu argumentieren, außer mit ideologischen Scheuklappen? Und dass Österreich da ein Problem hat im Vergleich zu anderen Ländern, ist vielleicht historisch bedingt. In Frankreich gibt es überhaupt keine Debatte, dass dort auch Einjährige in den Kindergarten gehen.

Gamon: Ich finde, es soll jeder die Entscheidung treffen können, wie er das will.

Wieser: Das Angebot muss aber auch da sein. Das ist teilweise nicht da. Wenn der Kindergarten nur bis zwölf Uhr offen hat, geht sich nicht einmal ein Teilzeitjob aus.

Ist eigentlich das Idealbild der Gesellschaft eine Gesellschaft mit möglichst großer Mittelschicht?

Marterbauer: Ich glaube, der Anspruch einer Gesellschaft muss sein: Alle Bürgerinnen und Bürger haben ein gutes Leben. Das

muss das Ziel sein. Das gute Leben ist etwas Relatives. Das hat materielle Dimensionen beim Einkommen, das bedeutet Versorgung mit Wohnraum, Zugang zu öffentlichen Verkehrsverbindungen. Und das hat auch immaterielle Dimensionen wie Freizeit und Kultur.

Gamon: Ja zu einem guten Leben. Aber der unterschiedliche Zugang ist: Kann oder soll der Staat das gute Leben garantieren oder schafft der Staat die Rahmenbedingungen, damit ich selbst zum guten Leben komme. Das ist der ideologische Unterschied.

Marterbauer: Die ursprüngliche Idee des Sozialstaates war, dass sich die Gesellschaft soziale Absicherung organisiert, um den Risiken des Lebens zu begegnen ...

Gamon: Aber so ist es ja wirklich nicht mehr. Mittlerweile ist es die Selbstverwaltung des politisierten Staates und bis zu einem gewissen Grad auch des Parteienstaates. Das hat nichts mehr mit der Gemeinschaft der Versicherung zu tun.



Wo kriegt die Mittelschicht ihre Informationen her? Ich nehme an, sie werden nicht alle den Falter lesen

CLAUDIA GAMON

In einer absolutistischen Konzeption ist der Staat der Leviathan, an den wir alles delegiert haben, und er herrscht über uns und ermöglicht uns sozialen Frieden. In einer modernen Perspektive würde man sagen: „Wir sind der Staat.“ Nicht: „Wir sind das Volk“, sondern: „Wir sind der Staat.“ Das könnte ein politisches Ziel sein. Die Frage ist, wie man dazu kommt.

Wieser: Mariana Mazzucato hat es ja wieder aufgebracht: Der Staat ist nicht nur Bremsen, gibt Geld aus, sondern hat Innovationen wie das iPhone und GPS und anderes mitinitiiert. Staat kann innovativ sein. Ich bin jetzt seit zehn Jahren im öffentlichen Dienst, da hat sich schon sehr viel getan. Man denkt sehr viel über neue Methoden nach, geht raus und redet mit Wissenschaftlern und Unternehmern. Man sieht sich als Partner: Wir helfen euch auch, ihr helft uns. Das schafft Arbeitsplätze.

Gamon: Man muss auch davon wegkommen, alles in einen reinen Widerspruch zu

setzen. Es kann ja sein, dass sich der Staat in einigen Bereichen zurücknimmt, um in anderen mehr leisten zu können. Das ist gerade in Wahlkampfzeiten nicht möglich, hier differenziert zu argumentieren.

Aber würde es nicht anders ausschauen, wenn die große Mitte diesen Staat als ihren akzeptiert?

Gamon: Das ist eine Frage der demokratischen Selbstermächtigung und auch, wie wir Politik gestalten. Ehrlicherweise muss man schon sagen: Die Politik ist sehr weit weg von den Bürgerinnen und Bürgern, weil es sehr wenige Möglichkeiten gibt mitzugestalten. Da rede ich jetzt gar nicht von den FPÖ-Fantasien, dass alles, was uns nicht passt, in eine direkte Abstimmung münden muss. Aber, wenn wir schon überall vor den Herausforderungen der sich verändernden Welt reden, müssen wir Politik auch den veränderten Gegebenheiten der Welt anpassen. Da muss es Möglichkeiten geben, neue

Formen der Bürgerbeteiligung zu etablieren, damit man einen Bezug zu dem Staat, wo man Geld reingibt und von mir aus wieder was rauskriegt, zu schaffen.

Marterbauer: Ein differenziertes Bild des Staates ist richtig. Ich finde den Staat auch nicht bedingungslos gut. Der Staat kennt bei den Lohnneinkommen jedes Detail, aber über die Verteilung der Vermögen will er kaum etwas wissen.

Gamon: Das ist schön, dass wir uns einig sind!

Marterbauer: In einigen Bereichen, in anderen wieder gar nicht. Wie kann man sozusagen den Staat oder den Sozialstaat zu unserem machen? Die skandinavischen Länder, die ja Vorreiter beim Sozialstaat waren, haben das ganz stark über Volksbildung versucht. Dort war die Idee, erst die aufgeklärten Bürger können sich an der Gestaltung des Gemeinwohls beteiligen und deswegen

Fortsetzung nächste Seite

**Runder Tisch
in einem Hotel
in der Nähe von
Wien-Mitte**

**FOTOS:
CHRISTOPHER
MAYRIC**





Fortsetzung von Seite 17

muss man in Arbeiterbildungsvereine investieren. Die ganze Volkshochschulidee wurde dort geboren. Der Anspruch war, Bürger fit für den politischen Diskurs zu machen.

Fritsch: Mit dem Ergebnis, dass sie viele Rankings immer noch anführen. In Bildung zu investieren, war nie eine schlechte Idee, und Bildung wird auch sicher nicht weniger wichtiger werden. Wissen wird vielleicht das Einzige sein, wo uns Maschinen und Roboter schwieriger ersetzen können, um es jetzt mal plakativ auszudrücken. Die ungelerten, angeleiteten Hilfstätigkeiten werden Stück für Stück immer weniger werden. Das, was immer wichtiger wird, ist Wissen.

Gamon: Aber das sagen ja alle. Wer ist denn gegen Bildung? Mein Lieblingsbeispiel ist da die Schweiz. In der Schweiz gibt es halb so viele Studierende, aber für die öffentlichen Universitäten wird doppelt so viel ausgegeben wie in Österreich. In der Schweiz war immer schon klar: Bildung hat eine Priorität bei den Ausgaben, obwohl es dort zusätzlich auch noch Studiengebühren gibt. Wenn die österreichischen Unis von heute auf morgen über sieben Milliarden zur Verfügung hätten, dann würden sie auf der Straße tanzen, glaube ich.

Vielleicht mangelt es an der Vermittlung. Rousseau war der Meinung, dass Demokratie überhaupt nur in einem Gemeinwesen von einer gewissen Größe möglich ist. Massendemokratien haben ein Problem. Die politischen Parteien haben nicht mehr die Kraft, die sie früher hatten, um Inhalte zu transportieren.
Gamon: Das führt zu einer anderen Frage: Wo kriegt die Mittelschicht ihre Informa-

tionen her? Ich nehme an, sie werden nicht alle den Falter lesen.

Das kann man statistisch ausschließen.

Gamon: Gibt es überhaupt diese rationale, gut informierte, durch qualitativ hochwertige Informationen versorgte breite Mitte?

Fritsch: Es gibt ja grundsätzlich gut aufbereitete Informationen für alle. Man darf das Individuum aber nicht aus der Eigenverantwortung entlassen. Eine Gesellschaft braucht kritisch denkende Individuen nicht nur in der Politik. Ich kann ja auch meinen Steuerausgleich nur dann machen, wenn ich verstehe, was auf dem Formular steht und beurteilen kann, ob mich da jetzt jemand über den Tisch zieht oder nicht.

Marterbauer: Von der Angebotsseite bei den Medien gibt es ja doch zumindest den Anspruch. Wir haben in Österreich den öffentlich-rechtlichen ORF, der einen Bildungsauftrag hat und stark konsumiert wird.

Fritsch: Ich bin keine Mediensoziologin, aber es zeigt sich in einigen Studien, dass die jüngeren Generationen nicht mehr fernsehen, sondern sich ihre Informationen aus unterschiedlichen Kanälen holen.

Gamon: Das meine ich ja: Was bringt denn der gute öffentlich-rechtliche Content, wenn er nicht konsumiert wird? Das hilft uns dann auch nicht dabei, Fragen in gesellschaftlichen Herausforderungen zu lösen. Vor allem, wenn ein Teil des Befandes ist, dass wir ein Informationsdefizit haben und mit Fake News kämpfen. Andererseits ist die Entwicklung von Online-Medien ja auch eine Demokratisierung. Man hat dadurch für eine breite Bevölkerung einen ganz anderen Zugang zu Medien geschaf-

Die Mittelschicht als Versuchsfeld in Ökonomie, Soziologie und Politik

FOTO:
CHRISTOPHER
MAVRIC

fen. Man könnte sagen, dass vor 60 Jahren das Problem eben nicht war, dass die Menschen nur *Krone* und *Österreich* und *Heute* gelesen haben, sondern sie haben gar nichts gelesen. Entschieden haben die, die die qualitativen Medien gelesen haben. Das war auch nicht besser, es war eine andere Situation. Jetzt haben wir einen demokratisierten Zugang zu Informationen, aber es wird aufwendiger für Politik und Medien, diese Informationen an den Empfänger zu bringen.

In Skandinavien gibt es offensichtlich ein positiveres Nationalstaatsbewusstsein – hat das auch mit Medien zu tun?

Gamon: Schweden hat jedenfalls eine extrem hohe Presseförderung. Sie haben eine ähnliche Bevölkerungsgröße und die Presseförderung ist gerade erst erhöht worden.

Wieser: Jedes Land hat seine eigene historische Entwicklung. Schweden ist in vielen Bereichen ein Sonderfall.

Marterbauer: Vielleicht auch deshalb, weil in Schweden Frauen ganz früh in den politischen Prozess integriert worden sind.

Gamon: Weil Frauen bessere Entscheidungen treffen?

Marterbauer: In jedem Fall wird die Grundlage der Entscheidungen breiter, wenn auch die zweite Hälfte der Bevölkerung Berücksichtigung findet.

Darauf können wir uns wohl abschließend einigen: Die Mitte ist dann stabil, wenn sie möglichst großen Teilen der Bevölkerung ein möglichst hohes Maß an Chancengleichheit und Teilhabe bietet.



In jedem Fall wird die Grundlage der Entscheidungen breiter, wenn auch die zweite Hälfte der Bevölkerung Berücksichtigung findet

MARKUS
MARTERBAUER